

## **Bankensalat**

### Sessionsbericht – Ständerat Sommersession 2013

Von Markus Stadler, Ständerat

Die beiden Bankenthemen haben die letzte Session ganz besonders geprägt. Der Ständerat stimmte dem Steuerdeal mit den USA zu; dies in der Meinung, die weniger schlechte Variante zu wählen und besser und rascher dazu beizutragen, dem Finanzplatz Schweiz – und den zahlreichen damit verbundenen Arbeitsplätzen - wieder zu Verlässlichkeit und internationalem Akzept zu verhelfen. Der Nationalrat hingegen versenkte die Vorlage. Nun gilt nach aussen das Prinzip Hoffnung und nach innen stellt sich die Frage, ob wir als schweizerische Politik und Bankwirtschaft in der Lage sind, aus der Vergangenheit zu lernen. Allen musste bewusst sein, dass der Bundesrat mit seiner zu erwartenden Verordnung nicht gleich weit gehen können wie das abgelehnte Gesetz.

Durch das medienräftige Hin und Her um den Steuerdeal ist die Beratung zu FATCA, dem Abkommen zwischen der Schweiz und Amerika zur Umsetzung des US-Steuergesetzes, eher in den Hintergrund geraten, obwohl dieser Staatsvertrag einem Vasallenvertrag gleicht und einer souveränen Nation eigentlich unwürdig ist. Mit FATCA übernehmen wir nicht nur die Verpflichtung, dass Schweizer Banken Daten über „US Personen“ dem amerikanischen Fiskus unter gewissen Bedingungen zu melden haben. Der Vertrag verpflichtet uns auch, künftige amerikanische Gesetzesänderungen in diesem Bereich automatisch zu übernehmen. Zudem ist der Vertrag einseitig angelegt: die Amerikaner müssen unseren Steuerbehörden keine Meldungen erstatten.

Das Gesetz zum Steuerdeal wollte die Vergangenheit bereinigen helfen, FATCA bezieht sich mehr auf die Zukunft, obwohl durch diese Regelung ab Januar 2014 den Amerikanern auch Daten aus der Vergangenheit einsichtig werden dürften. Umso erstaunlicher das Abstimmungsergebnis im Ständerat mit 34 Ja zu 3 Nein zu 2 Enthaltungen. Kreise, die dem Steuerdeal wortreich die Gefolgschaft verweigert hatten, stimmten FATCA ziemlich wortkarg zu, was nicht ohne weiteres nachvollziehbar war. Nur wenn man sich vorstellt, es sei dabei auch um die nächsten Wahlen und insbesondere Bundesratswahlen sowie um weitere parteipolitische Suppen gegangen, kann man sich einen zusammenhängenden Reim machen. Während ich beim Steuerdeal, nicht zuletzt wegen der Empfehlungen von Finma, Schweizerischer Nationalbank und der Kantonalbanken, Ja gestimmt hatte, brachte ich zu FATCA (im Wissen um das zu erwartende Ergebnis im Ständerat) mit meiner Enthaltung einen kleinen Protest zum Ausdruck.

Viele im Parlament haben es mittlerweile satt, bei solchen Geschäften in der Umklammerung gewisser Banken nach der relativ weniger schlechten Variante für unser Land zu suchen. Doch wäre es gesamthaft gesehen falsch, sich im Bundeshaus nur als Opfer zu gebärden, hat doch die Politik bei den Verfehlungen der Bankenwirtschaft über viele Jahre aktiv und passiv mitgemacht und Steuerhinterziehung geduldet. Anstelle von blossen gegenseitigen Schuldzuweisungen sollte aus diesem „Mitgegangen-Mitgefangen“ besser ein gemeinsamer Neuanfang im Sinne eines steuerkonformen Finanzplatzes entstehen.

Das Menu im Ständerat bestand allerdings nicht nur aus Bankensalat. Die sogenannte Energiewende leitet sich nicht ohne weiteres ein. Es braucht entsprechende Massnahmen

dazu. Denn viele Köpfe und Mechanismen funktionieren noch nach dem alten Modell, sperren sich auch gegen das Neue; Menschen und Organisationen verteidigen ihre bisherigen Privilegien. In diesem Sinne ist die Änderung des Energiegesetzes (Freigabe der Investitionen in erneuerbare Energien ohne Bestrafung der Grossverbraucher) ein Schritt in die richtige Richtung, basierend auf einem Kompromiss. Weiterhin besteht aber Handlungsbedarf in den Bereichen Energieeffizienz und ökologische Steuerreform, die es für eine Energiewende ebenfalls brauchen wird.

Die lange Debatte über die 6. IV Revision konzentrierte sich in der Schlussphase auf zwei Themen: ein stufenloses System mit einer vollen IV Rente ab einem Invaliditätsgrad von 80% und eine Schuldenbremse. Die Beratungen in der Einigungskonferenz führten aber zu einem Scherbenhaufen. Und das ständerätliche Bemühen, das Geschäft doch noch mit einem zweiten Einigungsversuch zu retten, stürzte im Nationalrat ab. Damit wird man auf verschiedene Verbesserungen im System verzichten müssen und die IV Kasse in noch röttere Zahlen führen. Eine unheilige Allianz der politischen Pole hat einmal mehr einen Kompromiss verhindert.

Über die Verfassungsbestimmungen zu FABI werden Volk und Stände noch zu befinden haben. FABI (Finanzierung und Ausbau der Eisenbahn Infrastruktur) ist ein wichtiges Gesetzes- und Kreditpaket zur Förderung des öffentlichen Verkehrs, das in der Zukunft grosse Spuren hinterlassen wird. Dafür werden die 6.4 Mrd. Franken sorgen. Nur mit Mühe ist es gelungen, den neuen Axentunnel im Gesetzestext unter den Planungen aufzunehmen. Zur hauptsächlichen Finanzierung wird vorübergehend die Erhöhung der Mehrwertsteuer herangezogen werden. Gegen die Erhöhung der Autobahnvignette ist bekanntlich das Referendum ergriffen worden ist.

24.6.2013